

# #SozialerFortschritt

## Für die Vielen, nicht die Wenigen.

### NEWSLETTER NOVEMBER 2025

Liebe Dortmunderinnen und Dortmund, liebe Genossinnen und Genossen,

der Herbst ist traditionell die Zeit, in der der Landeshaushalt für das kommende Jahr beraten wird. Noch nie zuvor hatte eine Landesregierung in Nordrhein-Westfalen so viele Mittel zur Verfügung, um die Zukunft des Landes aktiv zu gestalten – und dennoch plant Schwarz-Grün neue Schulden in Höhe von 4,5 Milliarden Euro. Bei zentralen Herausforderungen wie Bildung, sozialem Wohnungsbau oder Sicherheit sind jedoch kaum Fortschritte erkennbar. Das zeigt sich auch in Dortmund: Die Hochschulen sollen hier um insgesamt 12 Millionen Euro gekürzt werden – 9,7 Millionen an der TU und 2,3 Millionen an der FH. Zwar wurde ein kleiner Teil dieser Kürzungen zurückgenommen, doch die Haushaltslöcher bei den Hochschulen bleiben groß. Brisant ist zudem, dass ausgezahlt die Dortmunder Abgeordnete und Wissenschaftsministerin Ina Brandes diese Kürzungen verantwortet.

Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur, Energiewende und Klimaschutz: NRW erhält rund 21 Milliarden Euro – eine historische Chance für die Kommunen, die jedoch im „NRW-Plan“ der Landesregierung verpufft. Statt die Mittel klar und überwiegend an Städte und Gemeinden weiterzugeben, werden verschiedene Geldquellen miteinander vermischt und landen Bundesmittel in Förderprogrammen des Landes. Am Ende stehen den Kommunen nur etwa 10 Milliarden Euro wirklich zur freien Verfügung vor Ort. Die SPD fordert dagegen, dass mindestens 80 Prozent der Mittel direkt an die Kommunen geben werden sollen, denn diese tragen auch den Großteil der öffentlichen Investitionen. Am Beispiel Dortmund zeigt sich der Unterschied: Statt 604 Millionen Euro kommen lediglich 358 Millionen an. Die vermeintliche Investitionsoffensive entpuppt sich so als Etikettenschwindel.

Auch in der frühen Bildung drohen Rückschritte. Der Entwurf für das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) zeigt keinen bildungspolitischen Aufbruch: größere Gruppen, weniger Fachpersonal, weniger Zeit für die Kinder. Und da eine Abschaffung der Kita-Gebühren nicht in Sicht ist, bleibt die Qualität der fröhkindlichen Bildung weiterhin abhängig von der finanziellen Lage der Kommunen. Von echter Bildungsgerechtigkeit kann so keine Rede sein. Die aktuellen IQB-Bildungstrends und die alarmierenden Ergebnisse der DGB-Studie zur Situation im Ruhrgebiet bestätigen zudem erneut, wie sehr das Bildungssystem unter Druck steht – besonders zulasten von Kindern aus finanziell benachteiligten, zugewanderten oder nicht-akademischen Familien. Es wirkt wie ein Déjà-vu: wir führen dieselben bildungspolitischen Debatten wie vor 20 Jahren, doch wirkliche Fortschritte bleiben weiter aus.



**Anja Butschkau MdL**

Wahlkreis:  
Dortmund-Hombruch, Hörde,  
Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund  
Brüderweg 10-12  
44135 Dortmund  
[www.anja-butschkau.de](http://www.anja-butschkau.de)

Fon: 0231 – 58 56 18  
Fax: 0231 – 58 56 28  
[anja@anja-butschkau.de](mailto:anja@anja-butschkau.de)

Gerade deshalb ist die Arbeit der Enquete-Kommission „Chancengleichheit in der Bildung“, die im September ihren Abschlussbericht vorlegte, so wichtig. Sie zeigt auf, wie NRW sein Bildungssystem mutig modernisieren kann – mit früher Förderung in der Kita, einem verpflichtenden Chancenjahr für Kinder mit erhöhtem Unterstützungsbedarf und einem hochwertigen gebundenen Ganztag in sozial belasteten Stadtteilen. Diese Maßnahmen fanden fraktionsübergreifend Zustimmung. Uneinigkeit herrschte lediglich beim Schulsystem: Wir als SPD hätten gerne das bewährte, zweigliedrige Hamburger Modell aus Gymnasium und integrierter Stadtteilschule aufgenommen, konnten uns damit jedoch nicht durchsetzen. Dennoch bleibt die Richtung klar: NRW braucht strukturelle Reformen, die Kindern echte Startchancen eröffnen und das Landbildungspolitisch voranbringen.

Eines zeigt sich immer deutlicher: Mit der schwarz-grünen Landesregierung ist kein richtiger Fortschritt in Sicht. Vieles bleibt beim Alten – und die Last dieser Nicht-Politik tragen vor allem Familien, Kinder und Menschen mit geringen Einkommen. Das ist die eigentliche Ungerechtigkeit dieser schwarz-grünen Landespolitik.

Ich wünsche Euch/Ihnen eine anregende Lektüre und eine besinnliche Vorweihnachtszeit – vielleicht bei dem ein oder anderen Glühwein.

Mit solidarischen Grüßen

Ihre/Eure

*Anja Buswahn*



Immer auf dem  
Laufenden bleiben!  
Whats-App-Kanal  
abonnieren!

## NRW-Haushalt 2026: Rekordausgaben ohne Richtung

Die Landesregierung legte mit 112,2 Milliarden Euro einen Rekordhaushalt für 2026 vor – und gleichzeitig eine Neuverschuldung von 4,5 Milliarden Euro. Trotz dieser Summen bleiben zentrale Probleme ungelöst: steigende Kriminalität und Arbeitslosigkeit, wachsende Belastungen der Kommunen, Stillstand bei Kitas, Schulen und sozialem Wohnungsbau.

Wir kritisieren diesen Etat klar: NRW braucht endlich Prioritäten bei Bildung, Chancengleichheit, Wohnen und kommunaler Handlungsfähigkeit. Wer Kredite in Milliardenhöhe aufnimmt, muss erklären, wofür sie wirken sollen. Auch der Verweis auf eingesparte Stellen und ein Konzept, das angeblich spätere Generationen entlaste, überzeugt nicht. Weiterhin fehlt Transparenz.

Unsere Forderung bleibt: klare Schwerpunkte, klare Zusagen und echte Zukunftsinvestitionen. Nur so wird aus einem Rekordetat ein Haushalt, der das Leben der Menschen wirklich verbessert. Meine Themenbereiche – die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – wären beinahe von Kürzungen betroffen gewesen. Im Bereich der Gleichstellung in Beruf und Gesellschaft sollten nach Kürzungen im Vorjahr erneut 1.072.000 Euro gekürzt werden. Erst in einer Ergänzungsvorlage hat die Landesregierung Mitte November diese Kürzungen zurückgezogen. Dennoch bleiben wichtige Impulse in diesem Bereich aus, obwohl wir deutliche Rückschritte in der Gleichstellung der Geschlechter feststellen und Frauenrechte in Teilen unserer Gesellschaft immer stärker in Frage gestellt werden.

Die Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt sollte ebenfalls komplett gestrichen werden – ebenfalls nach deutlichen Einsparungen im letzten Haushalt. Auch diese Kürzung wurde nun glücklicherweise zurückgenommen. Diese beiden Beispiele zeigen, dass der Druck der Opposition im Landtag wichtig ist und auch wirkt.

## Landesregierung kürzt den Dortmunder Hochschulen im kommenden Jahr 12 Millionen Euro

Die Landesregierung plant massive Kürzungen im Hochschulbereich: Insgesamt sollen 158 Millionen Euro gestrichen werden – allein in Dortmund über 12 Millionen Euro, davon 9,7 Millionen an der TU und 2,3 Millionen an der FH. Diese Einsparungen schwächen nicht nur den Wissenschaftsstandort Dortmund, sondern ganz NRW. Wer an Bildung spart, gefährdet langfristig Innovation, Wirtschaftskraft und Zukunftschancen.

Schon jetzt hat NRW bundesweit die schlechteste Betreuungsquote. Weitere Kürzungen würden die Lage deutlich verschärfen. Das werden wir nicht hinnehmen und werden für die Rücknahme der Kürzungen kämpfen. Noch ist nichts entschieden. Jetzt braucht es Rückgrat: Wir erwarten von der Dortmunder CDU-Abgeordneten und Wissenschaftsministerin Ina Brandes, dass sie sich für einen starken Hochschulstandort Dortmund einsetzt. Wir tun es!



**„NRW-Plan“: Eine Chance für unsere Kommunen – aber Schwarz-Grün enttäuscht**

Das Bundes-Sondervermögen für Infrastruktur, Energiewende und Klimaschutz bringt Nordrhein-Westfalen rund 21 Milliarden Euro. Für unsere Städte und Gemeinden bedeutet das eine historische Möglichkeit, den riesigen Investitionsstau endlich abzubauen. Wir begrüßen diese Chance – doch Ministerpräsident Wüst hat mit seinem sogenannten „NRW-Plan“ alle Hoffnungen enttäuscht.

Statt die Bundesmittel klar und transparent an die Kommunen weiterzugeben, vermischt die Landesregierung Bundesgelder, Landesmittel, Steuerkompensationen und bereits eingeplante Förderungen. Das wird als neues Engagement verkauft, ist aber in Wirklichkeit nichts anderes als eine Neuverpackung vorhandener Gelder. Die Kommunen erhalten somit deutlich weniger Mittel als nötig – gerade einmal etwa 10 Milliarden Euro von den 21 Milliarden Euro des Bundes-Sondervermögens fließen tatsächlich zur freien Verfügung vor Ort.

Wir fordern deshalb ganz klar: Mindestens 80 Prozent der Mittel müssen direkt an die Städte und Gemeinden gehen, denn sie sind mit rund 80 Prozent für die öffentlichen Investitionen verantwortlich. Nur so können sie flexibel und bedarfsgerecht in Schulen, Kitas, Verkehr, Sportstätten und soziale Einrichtungen investieren.

Für Dortmund bedeutet das konkret: Während die Landesregierung nur 358 Millionen Euro zusagt, hätten nach unserem SPD-Vorschlag rund 604 Millionen Euro fließen müssen – fast 250 Millionen Euro mehr. Dieses Geld fehlt, um dringend notwendige Investitionen anzugehen.

Stattdessen behält die schwarz-grüne Landesregierung einen großen Batzen der Bundesmittel in ihrer eigenen Hand und verteilt sie oft über komplizierte, bürokratische Programme, die den Kommunen kaum Handlungsspielraum lassen. Ein Teil der Mittel war zudem ohnehin schon im Landeshaushalt eingeplant. Die vermeintliche Investitionsoffensive entpuppt sich so als Etikettenschwindel.

Für uns ist klar: NRW braucht keine Tricks und keine Nebelkerzen, sondern Verlässlichkeit und echte Unterstützung für seine Kommunen. Nur so können wir den Investitionsstau abbauen, lebenswerte Städte schaffen und die Herausforderungen der Zukunft meistern.



- Antrag „Kommunen in Nordrhein-Westfalen fair beteiligen – Kommunalquote aus dem Bundes-Sondervermögen festlegen!“: [t1p.de/4jaqu](http://t1p.de/4jaqu)

## NRW braucht eine echte Bildungsoffensive

Die neuen Ergebnisse des IQB-Bildungstrends machen erneut sichtbar, wie sehr unser Bildungssystem ins Rutschen geraten ist. Nordrhein-Westfalen fällt weiter zurück – und Kinder aus Arbeiterfamilien, aus zugewanderten Familien oder mit wenig Einkommen tragen die Hauptlast. Das ist ein Zustand, den wir nicht länger hinnehmen dürfen.

Zusätzlich schlägt die DGB-Studie „Bildungsmisere bekämpfen – Ruhrgebiet stärken“ Alarm. Nordrhein-Westfalen investiert zu wenig in Bildung, und besonders das Ruhrgebiet steht kurz vor einer strukturellen Notlage. Die Landesregierung lässt zu, dass die geplanten Mittel 2026 sogar unter dem Niveau von 2020 liegen. Das schwächt nicht nur unsere Schulen, sondern auch die Zukunft unseres Landes. Darum hatten wir für das Oktober-Plenum eine Aktuelle Stunde beantragt. Denn es reicht nicht, Probleme zu benennen – wir erwarten Antworten, Richtung und Investitionen.

Unser Ziel bleibt klar: Wir wollen echte Chancengleichheit. Wir wollen, dass jedes Kind sein Potenzial entfalten kann. Wir wollen ein Bildungssystem, das stärkt statt sortiert. Und wir werden weiter dafür kämpfen, dass Nordrhein-Westfalen diese Offensive endlich startet.

Gerade deshalb war die Arbeit der Enquete-Kommission „Chancengleichheit in der Bildung“, die wir als SPD maßgeblich vorangetrieben haben, so wichtig. Nach zwei Jahren intensiver Beratungen liegt nun ein gemeinsamer Bericht vor, der Verpflichtung und Chance zugleich ist: Wir haben

fraktionsübergreifend eine klare Richtung vereinbart, wie wir unser Bildungssystem mutig erneuern können – und müssen.

Wenn wir echte Startgerechtigkeit wollen, müssen wir bereits dort ansetzen, wo Chancen entstehen: in der Kita. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Kinder bereits mit vier Jahren eine umfassende Entwicklungsdiagnostik erhalten – sprachlich, motorisch und sozial-emotional. So können wir gezielt fördern, bevor Probleme festwachsen. Auch das verpflichtende Chancenjahr knüpft genau hier an: Kinder mit erhöhtem Förderbedarf sollen im Jahr vor der Einschulung intensiv unterstützt werden. Das ist ein entscheidender Schritt, um Bildungsungleichheit wirksam abzubauen.



Genauso wichtig ist der Ganztags. Ein verlässlicher, gebundener Ganztags schafft Lernzeit, Ruhe, Förderung – und vor allem Unabhängigkeit vom Geldbeutel der Eltern. Deshalb machen wir uns für den gebundenen Ganztags in Grundschulen ab Sozialindex 5 – also Schulen in Stadtteilen, in denen die sozio-ökonomischen Voraussetzungen prekärer sind – stark. Dieser Ansatz wurde in

Auch in Deutsch gibt es massive Rückschritte korrekt

NRW rutscht bundesweit in die untere Leistungsgruppe stimmt leider auch!

Die Mathe-Mindestanforderungen verfehlten 20% es sind

35%

Der Abwärtstrend ist ungebrochen.

der Kommission einstimmig beschlossen und zeigt: Gute Bildungspolitik beginnt dort, wo Kinder mehr Unterstützung brauchen.

Bei der Gestaltung des Schulsystems sind wir sogar noch weiter gegangen. Denn wir wissen: Integrierte Schulformen sind leistungsstark, gerecht und bieten echte Anschlusschancen. Das zeigt Hamburg eindrucksvoll mit seinem zweigliedrigen System aus Gymnasium und Stadtteilschule. Seit dessen Einführung geht es dort in allen Bildungsrangings aufwärts. Wir haben uns in der Kommission dafür eingesetzt, dieses Erfolgsmodell zum Vorbild für Nordrhein-Westfalen zu machen. Leider konnten wir uns gegen die anderen Fraktionen an dieser Stelle nicht durchsetzen – aber wir bleiben dran. Wir werden weiter für ein Schulsystem kämpfen, das junge Menschen stärkt und Chancen eröffnet.

- *Abschlussbericht der Enquetekommission "Chancengleichheit in der Bildung" (Enquetekommission I): [t1p.de/q0orv](http://t1p.de/q0orv)*
- *Antrag „Ich fordere dich, weil ich dich achte“ – Auf den IQB-Bildungstrend reagieren. Erste gemeinsame Handlungsempfehlungen der Enquetekommission jetzt umsetzen.“: [t1p.de/3vche](http://t1p.de/3vche)*
- *Antrag auf Aktuelle Stunde „Die Landesregierung NRW kann und muss deutlich mehr tun: Studie "Bildungsmisere bekämpfen – Ruhrgebiet stärken": [t1p.de/f6r1m](http://t1p.de/f6r1m)*

### KiBiz-Reform: Rückschritt statt Zukunft

Die Landesregierung hat ihr Eckpunktepapier zur Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) vorge stellt – und macht damit deutlich: Was als Weiterentwicklung verkauft wird, ist in Wahrheit ein massiver Abbau fröh kindlicher Bildungsqualität. Die geplante Reform ist ein Sparmodell auf dem Rücken der Jüngsten. Genau deshalb nennen wir es klar beim Namen: KiBiz bleibt Etikettenschwindel. KiBiz bleibt Mumpitz!

Statt echte Verbesserungen anzugehen, will Schwarz-Grün Personalstandards nur noch für fünf Stunden täglich garantieren und den Kita-Alltag künstlich in „Kern-“ und „Randzeiten“ aufspalten. Doch jede Zeit in der Kita ist Bildungszeit. Wer Betreuung und Bildung voneinander trennt, missversteht den Alltag von Kindern und Fachkräften – und ignoriert das, was in § 22 SGB VIII und den Bildungsgrundsätzen des Landes längst klar geregelt ist.

Denn der Förderungsauftrag umfasst untrennbar die Erziehung, Bildung und Betreuung und soll auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung jedes Kindes hinzielen.

Die Landesregierung will größere Gruppen und weniger Fachkräfte und dafür mehr Einsatz von Nicht-Fachpersonal ermöglichen. Das gefährdet gute Pädagogik, überlastet Beschäftigte und verschärft soziale Ungleichheit – denn die Kita-Qualität würde künftig von der Kassenlage der Träger abhängen.



Gleichzeitig verschiebt die Landesregierung den Reformstart auf frühestens 2027 und damit in die nächste Wahlperiode. Noch ein gebrochenes Versprechen zulasten der Familien. Auch dringend notwendige Investitionen – etwa eine bessere Förderung für die praxisintegrierte Ausbildung – sollen erneut vertagt werden. Das ist das Gegenteil einer Personaloffensive.

Dabei zeigen viele Kommunen längst, dass es anders geht: kleinere Gruppen in Dormagen, strategische Bedarfsplanung in Hamm, starke Sozialraumorientierung in Mönchengladbach oder volle Kostenübernahme in Detmold. Diese erfolgreichen Ansätze müssen zum Standard werden – nicht zu Ausnahmen.

Wir wollen eine Kita-Politik, die Familien stärkt statt ihnen Steine in den Weg legt. Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine echte Qualitätsreform spätestens zum 1. August 2026,
- eine Finanzierung, die Planungssicherheit schafft – mit einem belegungsunabhängigen Sockelbetrag,
- kleinere Gruppen und verlässliche Personalstandards während der gesamten Öffnungszeit,
- mehr Ausbildungsplätze und faire Vergütung für angehende Fachkräfte,
- ein Chancenjahr für Kinder mit besonderem Förderbedarf vor der Einschulung.



Gute Kitas sind die Basis für Chancengleichheit und den Bildungserfolg in NRW. Wir kämpfen weiter für Familien, Fachkräfte und vor allem für die Kinder. Sie brauchen keine Mogelpackung – sie brauchen Zukunft.

- Antrag „Eine andere Kita-Politik ist möglich – Qualität in der frühkindlichen Bildung stärken statt abbauen.“: [t1p.de/rdpmk](http://t1p.de/rdpmk)
- Handout „Kitas in der Krise – und kein Ende in Sicht“: [t1p.de/ch9nq](http://t1p.de/ch9nq)

## Wählen ab 16 – ein starkes Signal für unsere Demokratie

Junge Menschen dürfen mit 16 Jahren arbeiten, Verträge abschließen und in vielen Bereichen selbstständig handeln. Warum sollten sie dann nicht auch über die Zukunft von Nordrhein-Westfalen mitbestimmen können? Alle demokratischen Fraktionen im Landtag sind sich endlich einig: Junge Menschen sollen mitreden, mitgestalten und mitentscheiden können.

Im Oktober-Plenum haben wir das nach vielen Jahren der Debatte endlich auf den Weg gebracht und werden hierfür die Landesverfassung ändern. Bereits ab 2027 werden junge Menschen ab 16 Jahren den Landtag mitwählen können. Diese Reform stärkt nicht nur die politische Teilhabe, sondern auch das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen. Wir nehmen junge Stimmen ernst und sehen sie als Chance: für eine lebendige Demokratie, die alle Generationen einbezieht.

- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen: [t1p.de/mz5rr](http://t1p.de/mz5rr)

## Bezahlbares Wohnen ermöglichen – Bürokratie abbauen, Wohnraum schaffen

In NRW fehlen tausende bezahlbare Wohnungen – besonders für Familien, Alleinerziehende und ältere Menschen. Doch von einem Bau-Boom zur Behebung dieser Wohnungsnot ist weit und breit nichts zu sehen. Statt die Kommunen als „Buhmann“ hinzustellen, müssen wir sie handlungsfähig machen.

In einem Antrag in der letzten Plenarwoche haben wir deshalb gefordert, zukünftig Änderungen der Landesbauordnung auf ein Minimum zu beschränken, Runderlasse und Einzelerlasse künftig

zu unterlassen sowie Kommunen bei Auslegungsfragen mit einer Hotline zu unterstützen. So beschleunigen wir die Genehmigungsverfahren und können den Wohnungsbau gezielt voranbringen. Denn der darf nicht an Bürokratie scheitern.

Auch neue Lösungen sind nötig. Wie die aussehen, haben wir bereits im Oktober aufgezeigt. Die Niederlande zeigen, wie Aufstockungen im Bestand schnell und effizient zusätzlichen Wohnraum schaffen. Dafür fordern wir ein eigenes Förderprogramm – auch für geeignete Gewerbeimmobilien.

Gleichzeitig steigen die Heiz- und Stromkosten rasant. Deshalb wollen wir eine monatliche Heizkosteninformation gesetzlich verankern und ein Pilotprojekt für digitale Verbrauchsübersichten starten,

damit Verbraucherinnen und Verbraucher Einsparmöglichkeiten besser erkennen.

Und wir brauchen wieder eine echte Förderung energetischer Sanierungen. Ab 2026 soll ein neues Landesprogramm mit 25 Millionen Euro pro Jahr dafür sorgen, dass Gebäude gedämmt und Heizkosten gesenkt werden können.

Bezahlbares Wohnen ist ein Grundrecht – und wir werden weiter dafür kämpfen, dass es in NRW kein Luxus bleibt.

- Antrag „Mehr Wohnraum im Quartier trotz Flächenmangel: NRW braucht ein Sonderprogramm für die Aufstockung im Bestand“: [t1p.de/33tet](https://t1p.de/33tet)
- Antrag „Lebensqualität und Klimaschutz rauf, Nebenkosten runter – es braucht jetzt ein Landesprogramm zur energetischen Sanierung!“: [t1p.de/8t6kw](https://t1p.de/8t6kw)
- Antrag „Verbraucher stärken – Monatliche Heizkosteninformation und transparente Energiepreisgestaltung verpflichtend umsetzen“: [t1p.de/wy8hg](https://t1p.de/wy8hg)
- Antrag „Weg mit der "Buhmann-Politik“ – Kommunale Wohnungsbauämter ertüchtigen: Die Landesregierung muss konkrete Hilfen geben, statt Vorurteile zu pflegen“: [t1p.de/q68vi](https://t1p.de/q68vi)

## Zukunft der Stahlbranche: Jetzt handeln, nicht weiter zögern!

In Berlin kamen vor wenigen Tagen Vertreter\*innen der Industrie, der Gewerkschaften sowie von Bund und Ländern zu einem Stahlgipfel zusammen, um über die Perspektiven der deutschen Stahlindustrie zu beraten. Es ist höchste Zeit, dass Bund und Land anerkennen, welche zentrale Rolle die Stahlproduktion für unsere Wirtschaft spielt – gerade in Nordrhein-Westfalen. Denn hier geht es nicht nur um rund 50.000 Arbeitsplätze, sondern um das Rückgrat ganzer industrieller Wertschöpfungsketten – vom Maschinenbau bis zur Automobilindustrie. Gut, dass unser

fortwährender Druck Wirkung gezeigt hat und endlich alle wichtigen Akteure an einem Tisch saßen.

Jetzt ist klar, wie ernst die Lage ist. Diese Erkenntnis muss nun auch bei Ministerpräsident Hendrik Wüst und Wirtschaftsministerin Mona Neubaur ankommen, die bisher vor allem durch Untätigkeit aufgefallen sind. Mit unserem aktuellen Eilantrag haben wir in der letzten Plenarwoche das Thema erneut auf die Tagesordnung des Landtags gesetzt und forderten insbesondere, dass ein wettbewerbsfähiger Industriestrompreis endlich umgesetzt wird.

- Antrag „Heimatstahl sichern – Zukunft gestalten: wofür sich das Industrieland NRW beim Stahlgipfel im Bund einsetzen muss“: [t1p.de/1dbri](https://t1p.de/1dbri)

### **Frauenpower statt Fachkräftemangel – Fachkräfteoffensive für Frauen jetzt starten!**

Frauen sind das größte ungenutzte Potenzial unseres Arbeitsmarkts. In NRW arbeitet fast die Hälfte aller Frauen in Teilzeit, viele unterhalb ihrer Qualifikation oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Deshalb fordern wir eine Fachkräfteoffensive für Frauen, mit dem Ziel, die Erwerbsquote bis 2030 um fünf Prozent zu steigern.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dabei ein zentrales Thema. Das mangelhafte Angebot an Kitaplätzen und fehlende Not- und Ferienbetreuung treiben viele Eltern – vor allem Mütter – in die Teilzeit. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur, mehr Alltagshilfen und eine Equal-Share-Prämie für eine gleichberechtigte Elternzeit ein.

Im Landtag wurde unser Antrag „Fachkräfteoffensive für Frauen in NRW starten – Erwerbspotenziale endlich heben“ von der schwarz-grünen Mehrheit abgelehnt. Ich finde: Die schwarz-grüne Koalition verschläft das größte ungenutzte Potenzial unseres Arbeitsmarkts – Frauen. Wir brauchen eine ressortübergreifende Strategie, ein breites Aktionsbündnis und Investitionen in Betreuungsangebote sowie innovative Arbeitszeitmodelle. Frauen sind kein Randthema – sie sind der Schlüssel für die wirtschaftliche Zukunft NRWs. Wer ihre Potenziale blockiert, verspielt Wohlstand und Gerechtigkeit.



- Antrag „NRW muss funktionieren: Fachkräfteoffensive für Frauen in NRW starten – Erwerbspotenziale endlich heben“: [t1p.de/s3ecm](https://t1p.de/s3ecm)
- Video meiner Plenarrede am 19.09.2025: [youtu.be/qEGMuvVkJAE](https://youtu.be/qEGMuvVkJAE)

### **Heimliche Fotoaufnahmen und Catcalling stoppen – Frauen brauchen strafrechtlichen Schutz**

Heimliche voyeuristische Foto- und Videoaufnahmen sowie sexuelle Belästigung auf der Straße, wie Catcalling, sind ernste Probleme, die wir nicht länger hinnehmen dürfen. Der Fall der Kölner Joggerin Yanni Gentsch, die heimlich gefilmt wurde und ohne Erfolg ihren Peiniger anzeigen wollte, zeigt: Das bestehende Strafrecht schützt Frauen hier oft nicht ausreichend.

Ich freue mich, dass die neue Bundesjustizministerin Stefanie Hubig dieses Thema aufgreifen will. Im nächsten Jahr plant sie, einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag einzubringen und greift damit unsere Forderung nach einer klaren Verschärfung des Sexualstrafrechts auf, die solche Formen digitaler und öffentlicher Belästigung erfasst. Es darf nicht sein, dass heimliches Filmen strafrechtlich weniger geahndet wird als Schwarzfahren.

Wir brauchen Gesetze, die Frauen wirksam schützen und zugleich eine gesellschaftliche Haltung fördern, in der respektvolles Miteinander selbstverständlich ist. Catcalling mag für manche Männer ein harmloser Spaß sein, für Frauen ist es oft einschüchternd und verletzend.

Die Politik muss hier aktiv werden und den Mut aufbringen, Betroffene ernst zu nehmen und ihnen Sicherheit zu bieten – auf der Straße, im Netz und im Alltag. Frauen sollen sich frei und ohne Angst bewegen können. Dafür stehe ich und setze mich ein.

Rückendeckung erhält Hubig auch aus Nordrhein-Westfalen. NRW-Justizminister Benjamin Limbach brachte in der letzten Justizministerkonferenz einen Gesetzentwurf ein, der Catcalling sowie heimliche Foto- und Videoaufnahmen unter Strafe stellen soll. In einer Aktuellen Stunde haben wir im Landtag ebenfalls über dieses Thema diskutiert. Die demokratischen Fraktionen waren sich einig, dass eine Änderung des Strafrechts notwendig ist.

Doch leider sehen das einige CDU-geführte Länder anders. Die NRW-Initiative wurde abgelehnt. Offenbar gibt es noch konservative Politiker, die das Problem verharmlosen.

## **Häusliche Gewalt: Trotz steigender Zahlen stoppt Schwarz-Grün den Bau weiterer Frauenhäuser**

Die gemeldeten Fälle häuslicher Gewalt in Nordrhein-Westfalen sind 2024 erneut gestiegen. Das Landeskriminalamt berichtet von über 66.000 Betroffenen im eigenen Zuhause, davon sind 71 Prozent Frauen. Trotz dieses Anstiegs stoppt die Landesregierung den dringend notwendigen Ausbau der Frauenhausplätze.



Im Rahmen der Haushaltsberatungen im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen kündigte Ministerin Josefine Paul an, dass im nächsten Jahr lediglich ein neues Frauenhaus in die Förderung des Landes aufgenommen werden soll. Zugleich habe ich durch eine Kleine Anfrage erfahren, dass seit Jahresbeginn Anfragen zur Förderung von Frauenhausplätzen aus fünf Städten vorliegen. Das ist bitter, denn jeder neue Platz wird gebraucht – so schnell wie möglich. NRW verfügt aktuell über etwa 700 Plätze in Frauenhäusern, weitere 1.100 Plätze werden laut Istanbul-Konvention

noch benötigt. Ab 2032 gilt der Rechtsanspruch des Gewalthilfegesetzes auf Schutz und Hilfe. Die ersten Fördermittel aus dem Bundeshaushalt dürften jedoch erst ab 2028 fließen.

Wir haben die Landesregierung in den letzten Monaten immer wieder davor gewarnt, den Ausbau der Schutzplätze bis dahin auszusetzen. Doch offenbar hat sie genau das vor.

Der Ausbau von Schutzplätzen darf nicht weiter aufgeschoben werden. Frauen, die vor Gewalt fliehen, brauchen jetzt Hilfe – nicht erst in mehreren Jahren. Jede Verzögerung gefährdet ihre

Gesundheit und ihr Leben. Gewalt ist keine Privatsache, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem, das sofortiges Handeln erfordert.

### Echte Inklusion auf dem Arbeitsmarkt – NRW muss handeln!

In Nordrhein-Westfalen leben fast zwei Millionen Menschen mit anerkannter Schwerbehinderung. Sie bringen Fähigkeiten, Erfahrungen und Perspektiven mit – und trotzdem bleiben ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt viel zu gering. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Die Arbeitslosenquote bei Menschen mit Behinderung liegt bei alarmierenden 14 Prozent und die Jobsuche dauert im Durchschnitt 113 Tage länger als bei Menschen ohne Behinderung. Zudem erfüllen viele Unternehmen nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebene 5 %-Beschäftigungsquote für schwerbehinderte Menschen. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch ökonomisch unsinnig – gerade in Zeiten von Fachkräftemangel.



Dabei steckt in der Inklusion großes Potenzial – nicht nur für gesellschaftliche Teilhabe, sondern auch als wichtiger Faktor für Fachkräftesicherung und Innovationskraft. Leider bleibt die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen eine wirksame Strategie schuldig. Die bislang angekündigte Inklusionsoffensive ist bislang kaum mehr als ein Lippenbekenntnis.

Und nicht nur das: Nach den drastischen Kürzungen bei der Förderung der beruflichen Inklusion von Menschen mit Behinderung im letzten Landeshaus- hatt sollten nun auch die verbleibenden 1,5 Millionen Euro für das kommende Jahr gestrichen werden. Auf- grund des öffentlichen Drucks hat die Landesregie- rung diese geplante Streichung zum Glück wieder zurückgenommen.

Wir fordern klare Maßnahmen: Mehr Weiterbildun- gen und Qualifizierungen für Menschen mit Behin- derung, bessere Unterstützung beim Übergang von

Schule in den Beruf, gezielte Förderung von Inklusionsbetrieben sowie den Abbau von Bürokratie für inklusive Arbeitgeber. Auch der Ausbau des sozialen Arbeitsmarktes ist unerlässlich, um nachhaltige Perspektiven zu schaffen.

Menschen mit Behinderung gehören mitten in den Arbeitsmarkt – nicht an den Rand. Denn Ar- beit bedeutet Teilhabe, Selbstbestimmung und ein gleichberechtigtes Leben. Es reicht nicht, In- klusion nur öffentlichkeitswirksam zu inszenieren – die soziale und wirtschaftliche Realität von Menschen mit Behinderung muss sich verbessern. Sie brauchen echte Chancen – keine Fototem- mine und keine Sparmaßnahmen. Es ist höchste Zeit, dass Nordrhein-Westfalen diesen An- spruch ernst nimmt und echte Inklusion auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht. Unsere Forderung ist ein klares Signal: Wir sehen Euch, wir hören Euch, und wir kämpfen mit Euch. Nordrhein-West- falen muss jetzt handeln, damit Inklusion nicht die Ausnahme bleibt, sondern die Regel wird.

- Antrag „NRW muss funktionieren: Zeit für echte Inklusion auf dem Arbeitsmarkt“: [t1p.de/f8lzi](https://t1p.de/f8lzi)
- Video meiner Plenarrede am 17.09.2025: [youtu.be/YtWZavVA5g0](https://youtu.be/YtWZavVA5g0)

## Echte Teilhabe braucht verlässliche Finanzierung – NRW muss bei Eingliederungshilfe Verantwortung übernehmen

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Arbeit und allen Lebensbereichen. Die Eingliederungshilfe soll genau das ermöglichen – mit medizinischer Rehabilitation, individueller Begleitung am Arbeitsplatz oder in der Schule und vielem mehr. Doch das System in NRW ist überlastet, bürokratisch und finanziell unter Druck.

Derzeit tragen die Kommunen fast die gesamte finanzielle Last. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch gefährlich für die Zukunft der Inklusion. Immer mehr wichtige Angebote, besonders im ländlichen Raum, brechen weg. Familien stehen vor endlosen Anträgen und komplizierten Verfahren, während echte Teilhabe oft auf der Strecke bleibt.

Wir fordern deshalb:

- dass sich das Land NRW endlich an der Finanzierung der Eingliederungshilfe beteiligt – so wie es in anderen Bundesländern längst selbstverständlich ist,
- den Abbau bürokratischer Hürden und eine Vereinfachung der Antragsverfahren, damit Menschen mit Behinderungen die notwendigen und ihnen zustehenden Leistungen schneller und unbürokratisch erhalten und
- die dynamische Anpassung der Bundesmittel, damit Kommunen nicht überfordert werden.

Inklusion ist kein Luxus – es ist ein Menschenrecht. Und dieses Recht muss auch in Nordrhein-Westfalen konsequent umgesetzt werden. Die Landesregierung darf die Kommunen nicht länger allein lassen, sondern muss endlich Verantwortung übernehmen.

Nur mit einer fairen Finanzierung und einfachen Verfahren können Menschen mit Behinderungen wirklich selbstbestimmt, gleichberechtigt und sichtbar mitten in unserer Gesellschaft leben.



- Antrag „Echte Teilhabe durch mehr Geld in der Eingliederungshilfe – Das Land muss sich endlich an der Finanzierung beteiligen!“: [t1p.de/qcik1](https://t1p.de/qcik1)
- Video meiner Plenarrede am 09.10.2025: [youtu.be/nq5Z8Vfz9ss](https://youtu.be/nq5Z8Vfz9ss)

## Gehörlosengeld: Nach der Anhörung – jetzt muss NRW handeln!

Seit 1998 beträgt das Gehörlosengeld in Nordrhein-Westfalen unverändert 77 Euro – ein Betrag, der bei weitem nicht ausreicht, um die Teilhabe gehörloser Menschen zu ermöglichen. Am 10. September 2025 haben wir im Landtag endlich den Betroffenen zugehört und mit Sachverständigen über die dringend nötige Erhöhung gesprochen. Doch trotz der berechtigten Forderungen und einer Demonstration am Tag der Gebärdensprache am 23. September vor dem Landtag, bei der gehörlose Menschen für soziale Teilhabe und finanzielle Anerkennung kämpften, zeigen die Regierungsfraktionen bislang keine Bereitschaft, das Gehörlosengeld anzupassen.

Wir als SPD setzen uns weiterhin dafür ein, dass das Gehörlosengeld endlich erhöht, ein Inflationsausgleich eingeführt und die Gehörlosengemeinschaft bei Entscheidungen stärker beteiligt

wird. Denn echte Inklusion ist ein Menschenrecht und dafür braucht es politischen Willen, nicht länger leere Versprechen. Die Beratungen in den Ausschüssen laufen noch. Wir bleiben dran!



## Barrierefreiheit im Dortmunder Nahverkehr – meine Stadtbahntour mit dem Werkstattrat der WAD

Wie barrierefrei ist der öffentliche Nahverkehr in Dortmund wirklich? Diese Frage wollte ich mir selbst vor Ort beantworten und habe gemeinsam mit dem Werkstattrat der WAD und Ines Elbers von DSW21 eine Stadtbahntour durch Dortmund unternommen. Mir war es wichtig, die Herausforderungen von Menschen mit Behinderungen beim Bus- und Bahnfahren aus erster Hand kennenzulernen.

Bei der Tour begleiteten mich Menschen mit ganz unterschiedlichen Einschränkungen – Rollstuhlnutzer\*innen, Personen mit Autismus und Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen. Dieser Perspektivwechsel hat mich sehr beeindruckt und mir gezeigt, wie viele Barrieren trotz moderner Technik noch immer bestehen. Zwar sind viele Stadtbahnhaltestellen inzwischen barrierefrei und die neuen Bahnen auf den Linien U41 und U42 verfügen über eine Absenkfunktion, die den Einstieg erleichtert. Allerdings muss diese Funktion vom Fahrpersonal aktiviert werden, und nicht alle Haltestellen sind gleich gut zugänglich. So mussten wir an der Haltestelle Reinoldikirche einen Umweg über die benachbarte Stadtbahnhaltestelle Brügmannplatz in Kauf nehmen, weil der Aufzug defekt war – eine Erfahrung, die leider viele Betroffene kennen.

Besonders schwierig sind auch viele ältere Haltestellen aus den 1980er- und 1990er-Jahren: Ihre Architektur mit verwinkelten Gängen und komplexen Treppenanlagen erschwert die Orientierung, selbst für Menschen ohne Einschränkungen. Für mich ist klar: Dortmund ist auf einem guten Weg, doch echte Barrierefreiheit bedeutet, dass wirklich alle Menschen gleichberechtigt mobil sein können. Das ist kein „Nice-to-have“, sondern ein Menschenrecht.

Thorsten Speckmann, der Vorsitzende des Werkstattrats und selbst Rollstuhlfahrer, machte mir auch noch einmal deutlich, wie sehr fehlende Barrierefreiheit die Lebensqualität einschränkt. Er müsse für seine Wege stets deutlich mehr Zeit einplanen als Menschen, die nicht auf einen Rollstuhl angewiesen sind. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben werde erschwert, gerade dann, wenn Stationen mit dem Rollstuhl gar nicht nutzbar sind.

Ich teile seine Meinung: Wir müssen mehr Verständnis für die Herausforderungen von Menschen mit Behinderungen schaffen und sie von Anfang an in Planungen einbeziehen. Es gibt zwar Fortschritte, z.B. innovative, absenkbare Stadtbahnen, aber wir haben noch einen weiten Weg vor uns, bis Dortmund wirklich inklusiv mobil ist. Barrierefreiheit ist keine Frage des Luxus, sondern eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb setze ich mich auch im Landtag weiterhin dafür ein, dass die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen bei allen Entscheidungen stärker berücksichtigt werden.



Ich teile seine Meinung: Wir müssen mehr Verständnis für die Herausforderungen von Menschen mit Behinderungen schaffen und sie von Anfang an in Planungen einbeziehen. Es gibt zwar Fortschritte, z.B. innovative, absenkbare Stadtbahnen, aber wir haben noch einen weiten Weg vor uns, bis Dortmund wirklich inklusiv mobil ist. Barrierefreiheit ist keine Frage des Luxus, sondern eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb setze ich mich auch im Landtag weiterhin dafür ein, dass die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen bei allen Entscheidungen stärker berücksichtigt werden.

## Nie vergessen: Stolpersteine in Hombruch und Hörde erinnern an Opfer des Nationalsozialismus

In Hombruch und Hörde wurden einen Tag nach dem 9. November – dem Tag des Pogromgedenkens – neue Stolpersteine verlegt, um an die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung zu erinnern. In Hörde gedachten Schüler\*innen des Karl-Schiller-Berufskollegs der Familie Grüneberg, für die der SPD-Ortsverein Hörde Süd mehrere Stolpersteine stiftete. In Hombruch wurde



der zuvor gestohlene Stein für Jenny Rosenbaum erneuert, gestiftet vom Jugendring Dortmund. Mir war es wichtig, dabei zu sein, gemeinsam zu gedenken und das Engagement aller Beteiligten zu unterstützen. Zum Holocaust-Gedenktag im Januar werde ich wieder mit Schulklassen Stolpersteine reinigen – denn Erinnern bedeutet Verantwortung und ist entscheidend für unsere demokratische Zukunft.



### **Dortmunder Mädchen erleben Politik hautnah – Girls' Day der SPD-Fraktion NRW**

Beim Girls' Day der SPD-Fraktion im Landtag NRW konnte ich Daniela Heister, Lilly Kieninger und Melek Mirza aus Dortmund begrüßen, die Politik einen Tag lang hautnah erleben und einen Blick hinter die Kulissen der Landespolitik werfen konnten. Gemeinsam mit weiteren Teilnehmerinnen aus ganz NRW erfuhren sie, wie parlamentarische Arbeit funktioniert und tauschten sich direkt mit meinen Kolleginnen Lisa Kapteinat, Christin Siebel, Elisabeth Müller-Witt und mir über unsere Erfahrungen als Frauen in der Politik aus. Der Girls' Day fand im Rahmen des Weltmädchen-tags statt und soll junge Frauen ermutigen, sich politisch und gesellschaftlich einzubringen



### **Fabian Schaub nimmt meinen Platz beim Jugendlandtag ein**

Auch in diesem Jahr lädt der Landtag erneut Jugendliche aus ganz Nordrhein-Westfalen zum Jugendlandtag ein. An drei Tagen schlüpfen sie in die Rolle von Abgeordneten, simulieren Fraktions- und Ausschusssitzungen und hören Sachverständigen zu zwei zuvor ausgewählten Themen zu. Der Höhepunkt ist die Plenarsitzung im großen Plenarsaal.

In diesem Jahr wird Fabian Schaub mich beim Jugendlandtag vertreten. Fabian ist 18 Jahre alt und kommt aus Dortmund-Holzen, wo er sich im SPD-Ortsverein und bei den Jusos engagiert. In der nächsten Ausgabe erfahrt Ihr, was er beim Jugendlandtag erlebt hat.



## Butschkau unterwegs

Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war



Die Auslandsgesellschaft war auf Klausur in Brüssel.







Romance Bassingha und Ceylin Basanci erlebten  
einen Tag lang einen Blick hinter Kulissen des  
Landtags.



Meine Sportvereinstour führten Marthe Pflüger,  
Michael Twardon und mich zum  
FC Brünninghausen und zum Hombrucher SV.



Viel Spaß beim Wahlkampf  
der SPD Hörde



